

müdigkeit ihrer Hauswirte zu entkommen. Einer verbarg sich im Backofen und entrannt darauf in Weiberkleidung. Ein junger Knecht Dietrichs von Weiler, Mag Henkstein, wurde von einigen Weibern im Heu versteckt und entkam wie der vorige. Jörg Mezler aus Ingelfingen, ein Fähnrich der Bauern, rettete einen dritten, ihm befreundeten, indem er ihn für einen Koch ausgab.

Jetzt wollten die Bauern plündern. Viele behaupteten, da sie die Stadt mit Leib- und Lebensgefahr haben erobern müssen, so gehöre ihnen auch Grund und Boden von Weinsberg zu. Nicht ohne großes Murren des Hausens brachten es endlich die Hauptleute dahin, daß nur die Häuser der Geistlichen, des Kellers, des Schultheißen, des Stadtschreibers und Bürgermeisters, die sich besonders tätig an die Ritter angeschlossen hatten, der Plünderung preisgegeben, die übrigen Bürgerhäuser verschont wurden. Für die Verschonung wurde den Bürgern zur Bedingung gemacht, die vielen Verwundeten sorglich zu pflegen und die Bauern mit Wein und Lebensmitteln zu versehen, solange sie in Weinsberg lägen.

Auch in der Kirche und Sakristei wurden alle Truhen erbrochen, das Almosen, die Monstranz, die Kirchengefäße geplündert. Die Bauern waren mit ihren Gedanken so sehr nur beim Plündern, daß Wolfgang Schäfer, der Schulmeister, ihnen unter dem Geschäft zwei Marktelche wieder heimlich wegnehmen konnte. Der reiche Weinvorrat des Schlosskellers wurde ins Lager geschafft. Im Schlosse fanden sie die reichste Beute. Der trug einen Becher davon, ein schönes Silbergefäß, das dem Grafen gehörte, jener seidene Decken und seidene Gewände, Zinngerät und Leinwand, Dionysius Schmidt erbeutete allein auf 60 Gulden. Es war ein Reifen und Zeren unter den Bauern um die Kostbarkeiten, daß sie oft das Beste überfahen. So lag ein Futteral am Boden, es sah aus wie ein Koffel-futter, einer und der andere hob es auf und warf es wieder weg, zuletzt nahm es einer und öffnete es, „da stak es voller Ringe und Ding“. Goldene Ringe, allerlei Kleinodien wurden in großer Zahl erbeutet. Dionysius Schmidt allein verkaufte um 50 Gulden Ringe und Kleinodien, sein Bruder Kaspar um 15 Gulden an einen Nürnberger Goldschmied. Beutemeister war Hans Wittich von Ingelfingen, er verteilte Früchte und Wein. In der Stadt plünderten sie jedoch selbst in den preisgegebenen Häusern mit Rücksicht. Als sie ein Trübslein mit Geld in einer Kammer fanden, und Schäfer, der Schulmeister, sagte, daß es armen Kindern zu Weinsberg gehöre, ließen sie es geschehen, daß er es davonbrachte.

So verging der Mittag und Abend mit Plündern, mit Wohlsein im Trinken und Essen, und dabei ging das alte Welfenschloß in Flammen auf. Im Rate der Bauern stellte Florian Geyer den Grundsatz auf, man solle alle festen Häuser ausbrennen, und ein Edelmann nicht mehr denn eine Tür haben wie ein Bauer. Die anderen hatten gerade zuvor den Satz angenommen, daß alle Klöster abgetan werden, die Mönche hacken und reuten müßten wie die Bauern; jetzt wollten sie zuerst auf Heilbronn ziehen und die Stadt in ihre Verbrüderung bringen, damit der Haufe vom Neckartal von dieser Seite gesichert wäre, dann wollten sie durch das Mainzische auf Würzburg losgehen, und sei dieses gewonnen, alle Domherren, Pfaffen und den geistlichen Fürsten hinausjagen. Florian Geyer sah darin der Sache noch kein Genüge. Er glaubte, wenn das Volk frei werden sollte, müsse der Adel wie die Pfaffen den Bauern gleich gemacht werden, daß nur ein Stand würde auf deutschem Boden, der Stand der Gemeinfreien. Er erkannte es als eine Halbheit, nur die geistlichen Herren beseitigen zu wollen. Zwei Bäume waren es, vor denen die junge Pflanze der Volksfreiheit nicht aufkommen konnte; er wollte beide zugleich umgehauen wissen, und nicht bloß umgehauen, sondern entwurzelt, daß keiner einen Schoß mehr triebe. Darum drang er auf Zerstückung aller Herrensitze, der weltlichen, wie der geistlichen. Florian Geyer war einer der Wenigen, die im Bauernheer wußten, was sie wollten, und als er den Rittermantel,

den er vormals trug, ablegte und sein Schwert in die Schale des Volkes warf, wußte er, daß es ein Trauerspiel sein müsse, worin er jetzt mitzuspielen sich entschlossen hatte; aber er wollte nicht nur einen Akt, sondern das ganze Trauerspiel, den Sturz nicht nur einer Seite der Herrschaft, sondern des ganzen Herrtums.

Tief im Grunde seiner Seele wälzte Jäcklein Rohrbach Gedanken, verschieden von denen Florian Geyers, schwarze, blutige Gedanken. Jäcklein war der Mittelpunkt der Schreckensmänner im Bauernheer. „Rache“ war ihre Losung; „dem Adel ein sonderbar Entsetzen und Furcht einzujagen“, ihr nächstes Trachten. In der Nacht berieten sie sich in der Mühle, wo wahrscheinlich Jäcklein sich einquartiert hatte, über die Gefangenen, und sie wurden eins, keinen Herrn, keinen vom Adel, keinen Reissigen leben zu lassen, sondern jetzt und künftig alle zu erstechen; welcher einen gefangen annehmen wollte, den sollte man niederstechen. In dieser Mühle gerade war es, wo Dietrichs von Weiler junger Knecht von den Weibern versteckt worden war; er hörte alles an, er hörte es mit Grauen.

Jäcklein und seine Gefellen behielten diesen Entschluß für sich. Um jeder Einsprache der anderen zuvorzukommen, gingen sie so gleich an die Ausführung. Jäcklein hatte die Bewachung der Gefangenen auf sich genommen.

In aller Frühe, gegen Tagesanbruch, während der größte Teil des Heeres von der Zechen des vorigen Tages noch schlief, führte Jäcklein die Gefangenen heraus auf eine Wiese beim Untertor. Es waren Graf Ludwig von Helfenstein, Hans Conrad Schenk von Winterstetten, der Vogt zu Vaihingen und Maulbronn, Burkhard von Ehingen, des tapferen Rudolfs von Ehingen Sohn, Friedrich von Neuhausen, Jörg Wolf von Neuhausen, Hans Dietrich von Westerstetten, der Burgvogt auf Neuffen, Philipp von Bernhausen, Jakobs von Bernhausen Sohn, Hans Spät von Höpfigheim, Bleikardt von Riezigen, Rudolf von Hirnheim, Wolf Rauch von Helfenberg, Jörg von Kaltenthal, Burkhardt und Weibrecht von Gemmingen. Auch mehrere Knechte wurden mit ihnen herausgeführt, junge Reiterknaben. Auch führte man sie in einen Ring, um ihr Urteil zu hören.

Es war eine alte Strafe, durch die Spieße zu jagen; eine Strafe jedoch, die nur wider die angewandt wurde, welche wider Ehre gehandelt hatten, und welche auch dann nur bei Knechten ein Brauch war.

Diese Todesart wurde den Gefangenen angekündigt. „Dem Adel zu Schand und Spott, als ob sie wider Ehre gehandelt hätten“. Da kam die Gräfin von Helfenstein, welche die Gefangenschaft ihres Gemahls geteilt hatte. Sie trug ihr zweijähriges Söhnlein Maximilian auf den Armen, ihr Frauenzimmer folgte ihr. Sie warf sich vor Jäcklein und den anderen auf die Knie, hielt ihnen ihr Kind entgegen und bat flehentlich, dem Kleinen den Vater, ihr den Gatten zu lassen. Aber alle Macht ihrer Tränen, ihrer Schönheit, ihres Unglücks rührte die Harten nicht. Da standen sie, und mancher mochte darunter stehen, der in diesem Augenblicke, da die Kaiserstochter zu ihren Füßen lag, nur daran dachte, wie lang und wie oft ihre Herren sie vor sich hergehert mit Hundem wie das Wild, und auf ihren durch Hunger und Froren abgemagerten Rücken die Peitsche erbarmungslos geschwungen; wie man sie umsonst hatte winseln lassen, wenn die Edelleute ihren Vater, ihren Bruder, ihren Sohn wegen geringer Vergehen in die Verließe der tiefsten Türme hinabdonnerten, wo sie ohne Speise und Trank verschmachteten, und ihr Flehen und Heulen kein Gehör und kein Erbarmen fanden, und wie sie ängstlich nächstelang um die Turm-mauern hatten schleichen müssen, um noch etwas von ihren Verwandten, die dahinter lagen, zu hören, bis es still und stiller ward, und der letzte Hauch, ein Fluch gegen ihre Quäler, ihre Qualen endete.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lütt); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 2

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
:: Numunderstraße Nr. 23. ::

Bremen, den 13. Januar 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

An unsere Leser!	Seite 9
Die Weltlage an der Schwelle des neuen Jahres	„ 9
Vor dem schwedischen Parteitag	„ 12
Ein Aufruf der S. S. K. zu Bern	„ 12
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Fortf.)	„ 13
Aus unserm politischen Tagebuch	„ 14
Feuilleton:	
Die Bluttrache zu Weinsberg. Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann	„ 16
Zeugen und Rufer	„ 16

An unsere Leser!

Die Reichskonferenz der deutschen Opposition hat getagt. Sie hat ihre wichtigste Aufgabe, Klärung in die Zustände der Opposition zu bringen, nicht erfüllt. Weder brachte sie eine prinzipienklare Abgrenzung von den Sozialpatrioten und den Sozialimperialisten, noch schied sie die linksradikale Opposition grundsätzlich vom Parteizentrum. Es wäre die historische Aufgabe der Gruppe „Internationale“ gewesen, den Scheidungsprozeß zwischen Zentrum und Linksradikalen durch prinzipielle Kritik an der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft voranzutreiben. Aber weder grenzte sie sich in ihren Thesen von der Politik der Arbeitsgemeinschaft mit kritischer Schärfe ab, noch stellte sie den Standpunkt des Sozialpatriotismus dar. Ueberdies vermied sie auch jetzt, genau wie in den „Leitsätzen“, ihre Stellung zur Frage der Landesverteidigung, dieser Achse der gegenwärtigen Krise der Internationale, wie Karl Liebknecht sie treffend nannte, zu präzisieren. Es fehlte der Konferenz das einschneidend kritische Moment, und damit fehlte ihr der Antrieb nach vorwärts.

Angeichts dieser Tatsache ist es doppelt notwendig, daß den Linksradikalen die Möglichkeit verbleibt, auch weiterhin kritisch in die Probleme der Internationale einzudringen. Die Aufgaben, die sich die „Arbeiterpolitik“ gestellt hat, sind daher nach der Konferenz größer und wichtiger geworden als je zuvor. Sie wird nach wie vor die Krisis der Arbeiterbewegung einer ständigen, grundsätzlichen Kritik unterziehen; sie wird insbesondere den Kampf gegen das Zentrum der Partei, diesen ver-

kappten Sozialpatriotismus, mit aller Schärfe führen; sie wird aber auch, was sich durch die Konferenz als besonders notwendig herausgestellt hat, die Gruppe „Internationale“ durch freundschaftliche Kritik vorwärts zu treiben suchen. Die „Arbeiterpolitik“ wird auch fernerhin die Probleme der Arbeiterbewegung in prinzipieller Schärfe zu klären trachten; sie wird durch die Mitarbeit berufener ausländischer Marxisten ein Bild geben von dem Stand der Krisis in der gesamten Internationale. Der Standpunkt, von dem aus sie taktisch die zahlreichen und schwierigen Fragen, die die Krisis der Internationale aufgeworfen hat, zu durchdringen sucht, ist der der Massenaktionen, in denen sie die Grundform des Kampfes der Arbeiterklasse für die nächste Epoche des allgemeinen Kampfes um den Sozialismus erblickt.

So hoffen wir, daß die „Arbeiterpolitik“ auch weiterhin wertvolle Bausteine zur Aufrichtung der neuen Internationale beitragen, daß sie auch weiterhin im Kampfe um der Menschheit Glück und Frieden treue Beraterin und zuverlässige Führerin sein wird. Damit hoffen wir das Vertrauen zu festigen, das unsere Leser uns bislang in so reichem Maße entgegenbrachten.

Redaktion und Verlag der „Arbeiterpolitik“.

Die Weltlage

an der Schwelle des neuen Jahres.

Die Friedensfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, heißt es in der liberalen und sozialpatriotischen Presse. Das ist wahr: nach der Diskussion über das Konferenzangebot der Zentralmächte folgte die Diskussion über jede einzelne Antwort der Entente, darauf die Diskussion über die Note Wilsons, dann wird man die Antwort der Entente-mächte besprechen, worauf die Geschichte mit der Besprechung der Antwort der Zentralmächte auf alle vorhergehenden Antworten von vorne beginnen kann. Es ist nicht einmal ausgeschlossen, daß in irgend einem neutralen Orte inoffiziell die Diplomaten der kriegführenden Länder zusammentreffen, wie solche Unterredungen zwischen deutschen und russischen Diplomaten während des Krieges mehrmals stattfanden: so in Bern und Stockholm. Inzwischen wird das „vaterländische Hilfsgesetz“ in Deutsch-

land und England durchgeführt, die Munitionsarbeit wird bis aufs höchste gesteigert werden, worauf im Frühjahr die Kämpfenden mit bisher ungehörter Rücksichtslosigkeit sich an die Gurgel springen werden. Das Friedensgerede, die Noten und Kontnoten werden zwei Dinge verdrängen. Sie werden den Boden für die zukünftigen Verhandlungen abtasten, den Regierungen erlauben, sich ungefähr zu orientieren, wie weit jede zu gehen gedenkt, und gleichzeitig den kriegsmüden Völkern erlauben, leichter die paar Monate durchzuhalten, die uns von der nächsten Generalkräftemessung trennen.

Das ist die Sachlage. Festes Fordern im Osten, bewegliches Verhandeln im Westen, so definiert die „Frankfurter Zeitung“ die Kriegsziele der deutschen Regierung. Konkret gesagt, ist dies das Programm „Mitteleuropa“, d. h. mögliche Annäherung Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei. Die Bildung eines polnischen und rumänischen Vasallenstaates als Flankenschuß, die Angliederung der serbischen Gebiete, die als Brücke zwischen Bulgarien und Oesterreich notwendig sind, das ist das feste Gerippe des Programms. Ueber Konzessionen in Belgien und koloniale Fragen soll beweglich verhandelt werden, da zu festem Fordern auf diesem Gebiete die maritime Befiegung Englands notwendig wäre.

Die deutschen Sozialpatrioten identifizieren sich ausdrücklich mit diesem Programm. Unter Berufung auf die Artikelserie der „Frankfurter Zeitung“, die wir oben erwähnten, schreibt die „Chemnitzer Volksstimme“ (vom 23. Dez. 1916): Das kommt also auf das Scheidemannsche Lösungswort hinaus, daß deutsch bleiben soll, was deutsch, französisch, was französisch, belgisch, was belgisch war. Im Osten wie auf dem Balkan bleibt hingegen für manche Neuordnung der Staaten und Staatsgrenzen freie Bahn, wobei die Freiheit der Nationalitäten nach Möglichkeit sorgfältig beachtet bleiben soll.“ Wir brauchen bei der Sorgfältigkeit, mit der bei solchen Neuordnungen die Freiheit der Nationen behandelt wird, hier nicht weiter zu verweilen. Aber jeder, der kein politischer Analphabet ist, weiß, daß dieser Krieg, als der Kampf um den Orient, in erster Linie um die Geschichte der Türkei begonnen hat, er sieht, wie selbst das Schwergewicht der Kriegsaktion sich immer mehr nach Osten verschob.

Daß also ausgesucht „Neuordnungen“, die die Herrschaft Deutschlands über den Osten sichern sollen, jetzt durch die deutschen Sozialpatrioten als das beste, einzige und selbstverständliche Friedensprogramm dargestellt werden, nachdem sie bisher immer schön nach dem Diktat von Jaekch und Rohrbach erzählt hatten, Rußland und England führen den Krieg wegen der Aufteilung der Türkei, wäre unverständlich, wenn man nicht wüßte, daß sie die Aufteilung der Türkei für eine scheußliche Annexion, die Aufteilung Serbiens aber für eine „Neuordnung der Staaten“ halten, daß sie für die Befreiung Polenschwärmen, und überhaupt den Osten nicht für das Hauptgebiet der Auswirkung imperialistischer Bestrebungen des mitteleuropäischen Kapitals, sondern einer brüderlichen Mitwirkung der Herren von der Deutschen Bank und der Jungtürken an der „Zivilisierung des Orients“ ansehen.

Nun, die englischen Imperialisten, die die Welt vom Ganges bis zum Baal auf verschiedenste Art seit über

einem Jahrhundert „zivilisieren“, die also nicht aus den Elaboraten Kenners und Cunows, sondern aus eigener Praxis die Sache kennen, denken einstweilen nicht daran, ihre Zustimmung zu diesem Werk zu geben. Die lange Zeit, die sie zur Feststellung ihrer Antwort an die Zentralmächte brauchten, dient nur der Suche nach der besten Art, wie man die Zentralmächte in die diplomatische Defensive drängen soll. Alle Hoffnungen auf die „noch nicht ganz zugeschlagene Tür“ sind eitel. Selbst wenn die Zentralmächte ihre Friedensbedingungen nennen würden — Lloyd George kann sie sich auch ohne dies an den Fingern abzählen —, selbst wenn es zu einer inoffiziellen Konferenz kommen würde, ist es ein Unsinn zu glauben, daß dies ohne eine weitere Probe der Tripelentente, den Feind zu werfen, zum Frieden führen würde.

Die Annahme des „gemäßigten“ deutschen Programms, wie es die „Frankfurter Zeitung“ entwickelt — und es ist in den Hauptsätzen das Programm der deutschen Regierung — würde einen entscheidenden Sieg des deutschen Imperialismus im Osten bedeuten, und eine ebenfolche Niederlage der Entente, Englands in erster Linie. Die deutsche Regierung will sich in diesem Krieg mit der Durchführung des orientalen und kolonialen Teils ihres Programms begnügen, sie möchte gern über alle anderen Fragen zu einem Uebereinkommen mit dem englischen Imperialismus gelangen. Er wird darauf nicht eingehen, denn dieser Ausgang des Krieges würde für ihn bedeuten, wenn nicht den Ausfall Rußlands aus der Koalition — der möglich wäre — so doch gewiß die weitere Möglichkeit, Mitteleuropa von Süden her aufzurollen.

Noch kann England seine Kraft steigern, es fürchtet einstweilen keine Volksbewegungen in seinem Innern. Es bleibt der Hauptträger des Widerstandes der Entente, wird sich eventuell zu diplomatischen Winkelzügen herbeilassen, aber den Krieg wird es mit eiserner Energie führen.

Jede Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten eine Aenderung in der Situation herbeiführen könnten, beruht auf Unkenntnis der in Betracht kommenden Faktoren, oder sie ist bewußte Täuschung. Wir werden demnächst die Grundlagen der amerikanischen Politik in dem Weltkriege besonders schildern. Heute genügt es festzustellen, daß die Vereinigten Staaten während des Krieges auf der Seite des Ententeimperialismus standen. Selbst wenn die Minderung der Zahl der Aufträge der Entente in Amerika, selbst wenn innere Schwierigkeiten, die sich aus der wachsenden Steuererhebung ergeben, die Liebe etwas abgekühlt hätten, so würde es Amerika an Mitteln fehlen, die Entente im Friedenssinne zu beeinflussen. Sie sind in zu hohem Maße Gläubiger der Entente, um wirklich ihre Lage auch diplomatisch verschlechtern zu wollen, schon garnicht von einer Zwangsausübung ihr gegenüber zu sprechen, wozu ihnen, angesichts der Lage in Ostasien, jede Möglichkeit fehlt. Worauf die Note Wilsons zurückzuführen ist, auf innerpolitische oder andere Momente, ist noch unklar. Daß aus dieser, von der Entente als pro-deutsch verschrienen Wilson-Note eine Verschlechterung des Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu Deutschland entstehen kann, ist sehr wohl möglich. Daß das ganze diplomatische Hin- und wider

mit der Verschärfung der nächsten Kriegssphase enden wird, halten wir jedenfalls für sicher.

Die Ueberzeugung, daß von der jetzigen Aktion der Diplomatie kein Friede zu erwarten sei, mindert nicht, sondern umgekehrt steigert die Bedeutung der Frage von der Haltung der Sozialdemokratie dieser Aktion gegenüber. Denn könnte die Diplomatie den Völkern jetzt schon einen Frieden bringen, und überdies einen, der den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, so wäre es nicht so wichtig, was die Arbeiterklasse selbst denkt und tut. Nun, in der Haltung der Internationale zu den jetzigen diplomatischen Aktionen kamen alle drei Haupttendenzen, die sich auf den Ruinen der Zweiten Internationale überall entwickeln, zum Ausdruck.

Die Sozialpatrioten suchen hüben wie drüben im Gefolge ihrer Regierungen zu verbleiben. Klarer konnte diese Haupttendenz nicht zum Ausdruck kommen, als in der Haltung der Scheidemänner am 12. Dezember. Alle ihre Bewegungen waren die des Schattens Bethmann-Hollwegs. Die deutsche Regierung schlug den Entente-Regierungen eine gemeinsame Besprechung der Friedensfrage vor. Sie nannte die Friedensbedingungen nicht. Von ihrem Standpunkt aus gewichtigen Gründen. Würde die Entente den Konferenzplan ablehnen, so brauchten die Zentralmächte sich von ihren Völkern nicht sagen zu lassen, dies sei wegen ihrer Bedingungen geschehen, denn sie hatten doch ihre Kriegsziele nicht genannt. Würde die Entente zur Konferenz kommen, so konnte man die Kriegsziele je nach der Lage höher oder niedriger schrauben: sie sind Handelsobjekt. Wie sehr die Geheimhaltung der Kriegsziele zum taktischen Schlachtplan der Zentralmächte gehört, beweist am besten die Tatsache, daß sie sie auch in der Antwortnote an Wilson nicht nennen, obwohl sie von ihm dazu aufgefordert wurden. Würden die Sozialpatrioten Deutschlands die Spur einer Selbstständigkeit der Regierung gegenüber behalten haben, würden sie auch nur die Resolution ihrer eigenen „Partei-konferenz“ zur Friedensfrage ernst nehmen, sie müßten im Reichstag am 12. Dezember die Nennung der deutschen Kriegsziele fordern. Denn wenn sie die deutsche Arbeiterklasse zur Unterstützung der Regierung auffordern, so müssen sie von der Regierung verlangen, daß sie sage, worum der Kampf geht. Aber gewöhnliche Regierungsagenten, wie sie sind, müßten sie springen, wie der Herr pfiß. Darum schwiegen sie und halfen die anderen mundtot machen, die die Kundgebung der Kriegsziele fordern wollten. Die Lage der Sozialpatrioten der Entente war noch schwieriger: angesichts der anwachsenden oppositionellen Bewegung in Frankreich sich glatt auf den Standpunkt der Imperialisten zu stellen, die die Ablehnung des deutschen Konferenzvorschlages fordern, konnten sie nicht. Darum oereinigen sie die Forderung der Verhandlungen mit der Kundgebung des Willens zum Kampfe, bis der „dauernde“ Friede gesichert wird. Gleichzeitig bleiben sie in den Regierungen sitzen und werden sich sehr freuen, wenn ihre Regierungen irgend einen Ausweg finden, um die Verantwortung für die weitere Kriegsdauer dem Gegner zuzuschieben.

Wenn die Haltung der Sozialpatrioten das Bild ihrer vollkommenen, durch nichts aufzuhebenden Abhängigkeit von den Regierungen zeigt, so bietet die Haltung

der Zentrumsleute ein Bild der vollkommenen Ratlosigkeit und Zerfahrenheit. Das französische Zentrum verlangt Friedensverhandlungen. Wird es aber die Kriegskredite ablehnen, wenn die Regierungen der Entente seine Forderung nicht erfüllen? Raum: Longuet hat noch nicht erkannt, daß Frankreich der imperialistischen Ziele der Entente wegen weiterblutet. Das deutsche Zentrum ist, wie bekannt, etwas weiter. Es hält die Grenzen Deutschlands schon für gesichert, lehnt die Kredite ab, ja es fordert von der deutschen Regierung die Bekanntgabe der Kriegsziele. Aber als das Angebot der Regierung bekannt wurde, begann nicht nur die Mehrheit des Zentrumspreßes wie David vor der Lade zu tanzen, sondern selbst der Abg. Gejer, dem als Parlamentarier bekannt war, wie pessimistisch man in parlamentarischen und journalistischen Kreisen Berlins die Aussichten des Angebots beurteilte, beeilte sich, einer Leipziger Parteiversammlung vorzuschlagen, den Schritt der Regierung zu begrüßen.

Schließlich ergriff Kautsky, der führende Theoretiker des Zentrums, das Wort. Statt der Arbeiterklasse zu sagen, wie sie für den Frieden zu kämpfen hat, suchte er den Regierungen klarzumachen, daß sie eigentlich keine Ursache haben, sich weiter zu bekämpfen: Denn die Kolonien sind für die Rache, man wird nach diesem Kriege kein Geld haben, sie zu entwickeln, und die Beherrschung der Türkei wäre so schwierig, daß es besser ist, sie ihrem eigenen Geschick zu überlassen. Ein Bourbon, der nichts vergesse, und nichts gelernt hat! In dem ganzen Krimschram seiner klugen Gedanken darüber, wie er die Welt regieren würde, wenn er sie beherrschen würde, fand sich kein einziger Rat für das Proletariat: was es weiter tun soll!

Von den Verhandlungen der Regierungen hängt das Heil der Menschheit ab, schrieb dieser Tage das führende Organ des deutschen Parteizentrums, die „Leipziger Volkszeitung“. Hätte der Sozialismus jemals von den Regierungen das Heil der Menschheit erwartet, er müßte es in den schrecklichen Jahren des Krieges verlernt haben. Dies ist die Auffassung der internationalen Zimmerwalder Bewegung, deren Anhänger jetzt mehr als jemals an ihre Friedensaktion erinnert werden müssen. Sie dürfen an den diplomatischen Aktionen und Gegenaktionen der Regierungen nicht gleichgültig vorbeigehen, steigern doch diese die Sehnsucht des Proletariats nach dem Frieden in allen kriegführenden Ländern.

Aber unabhängig von allen Regierungsmanövern haben sie die Arbeiterklasse zum nachdrücklichsten Eintreten für den Frieden aufzufordern, der keinem Volke Unterdrückung bringt, haben sie in dem Kampfe für diesen Frieden ihnen zu sagen, daß nur der Sozialismus ihn verwirklichen kann, mit welchem hohen Ziele unseres Kampfes auch die Wahl der Kampfmittel, was ihre Schärfe und Tiefe anbetrifft, zusammenhängt. Mag es vielleicht nicht gelingen, die furchtbare soziale Krise, die der Krieg bedeutet, sofort in eine sozialistische zu verwandeln: von dem Grad der Annäherung unseres Kampfes an sie, wird das Maß des Glends und der Unterdrückung abhängen, die wir schon jetzt von dem internationalen Proletariat abzuwenden imstande sein werden. Wollen wir nicht, daß eines Tages die Kriegsgreuel den Friedens-

greueln Platz machen, um ein treffliches Wort Meyrinks, dieses großen reaktionären Dichters aus seinem „Grünen Gesicht“ anzuwenden, d. h. wollen wir nicht, daß auf den Krieg mit all seiner Unterdrückung und Verelendung ein ebensolcher Friede folgt, dann gilt es, mit voller Kraft die Friedensaktion als einen Teil unseres internationalen Kampfes für den Sozialismus zu führen.

Vor dem schwedischen Parteitag.

Von Ture Nermann, Redakteur des „Politiken“. Stockholm.

Der Kampf innerhalb der schwedischen Sozialdemokratie, in welcher gleich wie in den meisten nationalen Sektionen der Internationale der Gegensatz zwischen den Radikalen und den Sozialpatrioten während des Weltkrieges immer schroffer geworden ist, wächst in diesen Tagen im Zusammenhange mit den bald stattfindenden Wahlen zum ordentlichen Parteitag vom 12. bis 18. Februar 1917, wo wahrscheinlich eine endgültige Lösung der mehrjährigen Krise erreicht werden wird.

Daß man auf Seiten der Parteileitung mit einer nicht unbedeutenden Stärke der Opposition rechnet, zeigt am besten die sorgfältige und umfassende Agitation, die man gegen diese angeordnet hat. Im Besitze aller bis auf zwei Zeitungen der ganzen Parteipresse, der Parteikasse und Parteibureauekonomie, betreibt die Parteileitung eine fieberhafte Tätigkeit, sendet ihre Redner auf Kosten der Partei aus, um der Opposition entgegenzuwirken, bekämpft sie mit Broschüren aus dem Parteiverlage usw. Man hat auch ein großes Buch gegen die Opposition verbreitet, verfaßt von zwei früheren Opponenten und Leitern des Jugendverbandes, Per Albin Hansson, jetzt zweiter Redakteur in Brantings „Social-Democraten“, und Gustav Möller, jetzt der Parteisekretär, Nachfolger von Fredrik Ström, den man diesen Frühling wegprovokiert hatte, ein Buch, worin diese beiden mit dem heiligen Eifer der Umlerner die Opposition als ein Sammelbecken von Strebern und Glücksjägern ausmalen.

Daß man trotz aller ökonomischen und organisatorischen Chancen doch ein wenig unruhig wegen der Majorität auf dem Kongresse ist, zeigt das weitere Vorgehen, durch das die Parteileitung hofft, die Wahlpropaganda für die Bezeichnung der Kongreßdelegierten leiten zu können. Vor ein paar Wochen sandte der Parteisekretär Möller ein persönliches Zirkular an die Mitglieder der Distriktsleitungen, worin ersucht wird, die Parteileitung über die Wahlbewegung in jedem Distrikt zu informieren, genau mitzuteilen, welche Kandidaten aufgestellt werden, welche „ziemlich unbedingt“ der Parteileitung folgen, welches Linksstehende sind, welche schwankend auftreten, welche die besten Chancen haben usw. Bezeichnend ist, daß es den Adressaten ganz freigegeben wurde, von der Einsendung der gewünschten Mitteilungen mit den übrigen Genossen in der Distriktsleitung zu beraten, oder ganz auf eigene Faust zu handeln. Der Empfänger des Zirkulars wurde ersucht mitzuteilen, an welchen Plätzen Agitationsvorträge gegen die Opposition nötig seien, und es wurden Redner versprochen — alles auf Kosten der Parteikasse.

Dieser Versuch, die Wahlen zu beeinflussen, mit der Parteikasse die Wahlbewegung der Rechten der Partei

zu leiten und auf diese Weise einen gehorsamen, Decharge votierenden Kongreß zu schaffen, hat großen Unwillen unter den breiten Massen der Parteimitglieder hervorgerufen. Die verbandstreue Parteipresse hat nicht gewagt, das Zirkular zu publizieren, und einige Zeitungen haben ihre sozialistische Vergangenheit so vergessen, daß sie, statt das Zirkular zu verteidigen zu suchen, dessen Veröffentlichung durch das Linksorgan „Politiken“ als „Lümmelhaftigkeit“ und dergleichen bezeichnen. Ein rechtsstehendes Organ, „Aurora“, hat indessen zornig das Zirkular publiziert und offen gesagt: „In eklatanterer Weise hätte die Parteimajorität kaum ein politisches Harakiri begehen können.“

Um für die Parteitagswahlen einen Trumpf zu bekommen, beschloß die Parteileitung, die seit dem Frühling homogen sozialpatriotisch ist, nachdem man die drei Oppositionsvertreter weggeekelt hatte, die große Amnestiepetition für die noch verhafteten Friedenskämpfer, Genossen Höglund und Oljelund, die von einem besonderen Komitee vorbereitet war, zu übertreffen. Sie hatte eine separate Amnestie-Audienz beim Justizminister. Dadurch hat man leider verhindert, daß die geplante Petition, die nicht nur Höglund und Oljelund, sondern alle Opfer für die Friedenspropaganda umfassen wollte, in der ursprünglichen Form als eine Massenpetition aus dem ganzen Lande entstand, was ihr vielmehr Kraft gegeben hätte. Große Hoffnungen auf eine Amnestie haben wir übrigens nicht. Genosse Oljelund hat, wenn nicht Besonderes eintritt seine Strafe am 6. April 1917 und Genosse Höglund die seinige am 6. Mai 1917 abgesehen.

Von den Alliierten in der liberalen Partei gehezt, hat die Parteileitung jetzt auch beschlossen, eine definitive Abmachung mit der Opposition zustande zu bringen, ohne welche Abmachung man nicht mit den Liberalen die ministerielle Verantwortung übernehmen kann. Formell hat die Parteileitung jedoch nur gegen die Leitung des Jugendverbandes sich zu wenden gewagt, die wegen mangelnder Loyalität angegriffen wurde, als sie verlangte, daß die Reichstagsabgeordneten der Partei das Parteiprogramm anzuerkennen haben. Die Parteileitung verlangt jetzt, daß der Parteitag den nächsten Jugendkongreß zwingen soll, diese Forderung zurückzunehmen und daß sie ganz sklavisch für alle Kandidaten der Parteileitung und deren Unterinstanzen arbeiten soll. Dieser Anspruch wird von dem Jugendverband zurückgewiesen, und dann beabsichtigt die Parteileitung, die „leitenden Männer“ des Jugendverbandes aus der Partei zu exkludieren. Der Ausdruck „leitende Männer“ ist unklar formuliert, weil man nicht wagt, die ganze Opposition auszuschließen. Vielleicht rechnet man doch damit, daß, wenn Genosse Höglund und andere Leiter des Jugendverbandes weggejagt werden, die anderen freiwillig gehen werden.

Noch dauert es über einen Monat bis zum Parteitag, aber die Repräsentantenwahlen finden im Laufe dieses Monats statt, und der Kampf beginnt schon heftig zu werden. Wie er enden wird, ist in diesem Augenblicke unmöglich zu sagen. Die schwedische bürgerliche Presse verfolgt den Wahlkampf mit Interesse, und hat natürlich ihre Sympathien auf der Seite der Parteileitung. Ein radikaler antiburgfriedlicher Parteitag und eine ähnliche parlamentarische Politik wären ja keine fröhlichen Aussichten.

Ein Aufruf der I. S. K. zu Bern.

Die in Zimmerwald und Kienthal eingesetzte „Internationale Sozialistische Kommission zu Bern“ gibt einen Aufruf aus, dem sie die Kriegslage und Friedensfrage schildert zu dem Ergebnis gelangt, daß dem Wesen dieses Weltkrieges nach, wie es in dem gleichzeitigen Bestreben beider Kriegslager sich ausdrückt, daß der Kriegslage nach der Friede noch fern ist, insofern es sich um den Willen der Diplomatie handelt. Der Aufruf appelliert an die Arbeitermassen aller Länder, die alle den Moment des Friedens beschleunigen können.

Wir begrüßen das Erscheinen der Publikation und wünschen, daß die I. S. K. in etwas kürzeren Zwischenräumen als es bisher geschah zu den Ereignissen Stellung nehmen würde. Der Eintritt Rumäniens in den Krieg, der Bruch der griechischen Neutralität, die belgische und polnische Arbeiterfrage, Friedrich Adlers Schuß, die Bildung des polnischen Staates, die Militarisierung der Produktion in allen Ländern, das alles erforderte Kundgebungen der I. S. K. Wir verstehen wohl, daß sich die Genossen aus der I. S. K. nicht als internationales Tribunal aufspielen wollen, daß sie das Schwergewicht in der Bewegung einzelner Länder sehen. Das letztere stimmt, aber dieser Bewegung fehlt es an gegenseitiger Berührung, Beeinflussung. Würde die I. S. K. sich öfters äußern, so würde sie genötigt sein, sich über die Ansichten der Genossen in den kriegführenden Ländern auf dem laufenden zu halten, wie auch diese Genossen gegenseitig zu informieren. Dazu ist die I. S. K. eingesetzt worden, einen anderen Zweck hat sie nicht. Wäre ihre einzige Aufgabe, einmal im Jahre event. eine Konferenz einzuberufen, dann könnte das auch ein einzelner tun ohne die Schaffung einer Organisation. Wir wissen, daß der Erfüllung der Aufgaben der I. S. K. große Schwierigkeiten im Wege stehen: technischen wie pekuniären Charakters. Daß die ersteren zu überwinden sind, braucht nicht auseinandergelegt zu werden. Aber auch die anderen dürften überwindbar sein, wenn es auch der Opposition in den kriegführenden Ländern, die mit großen materiellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, nicht leicht ist, die Kosten der I. S. K. zu decken. Denn ganz abgesehen davon, daß sich für eine wirkende I. S. K. Geldmittel auch in den kriegführenden Ländern finden würden, so müßte es bei Energie und Umsicht möglich sein, in der Schweiz, in Holland, Skandinavien und in erster Linie in Amerika durch Geldsammlungen unter den Genossen die Mittel aufzubringen, die es der I. S. K. ermöglichen, ein Monatsbulletin in drei Sprachen herauszugeben, in nahem Kontakt mit den Genossen zu bleiben. Es ist eine Sache von sehr großer Wichtigkeit, daß dies in den nächsten Monaten geschehe.

Aber jetzt zum Inhalt des Aufrufs. Seine oben gegebene Skizzierung zeigt, daß die Beurteilung der Kriegs- und Friedensfrage kühl und nüchtern ist und man mit ihr vollauf einverstanden sein kann. Nicht so liegt die Sache mit den taktischen Losungen des Aufrufs, die die Kommission in die Kufe: es lebe der Klassenkampf, es lebe der Friede, es lebe die Internationalität des Arbeit (!) zusammenfaßt. Abgesehen von der letzteren, die überhaupt nichts bedeutet, drücken die beiden anderen Losungen den Standpunkt des Zentrums aus. Es

lebe der Friede? Was für ein Friede? Der, den die Großmächte untereinander schließen können? Das ist die Sehnsucht müder Patrioten und Herr Scheidemann teilt sie aufrichtig. Zimmerwald hatte einen bestimmten Begriff von dem Frieden, um den wir kämpfen und in solchen Momenten wie der bisherige, wo alle Durchhalter sich in Friedensschwärmer verwandeln, gilt es eine klare Demarkationslinie zwischen uns und ihnen zu ziehen.

Es lebe der Klassenkampf? Abgesehen davon, daß die Plechanows wie Cunows beweisen, daß auch das, was sie schreiben, Klassenkampf ist, zwar in einer etwas anderen Form, so muß gesagt werden, welche Formen des Klassenkampfes für unseren jetzigen Kampf besonders in Betracht kommen. Es handelt sich nicht um ausgeklügelte Rezepte-Technik. Würde die I. S. K. einen ebensolchen Rückblick auf die innere Lage in den kriegführenden Ländern geworfen haben, wie sie es in bezug auf die äußere getan hat, so würde sie die Glasgower Ereignisse des Frühlings, die Sommer- und Herbstereignisse in Deutschland usw. vorfinden, die eine bestimmte höhere Phase der Bewegung darstellen, die es in eine taktische Lösung umzuwandeln galt.

Diese Phase als Weg zu grundsätzlicher Umwandlung, das ist die Lösung, die allein der objektiven Lage entspricht. „Klassenkampf“ aber ist eine Lösung, die für das Mittelalter wie die Neuzeit, für „normale“ wie Kriegszzeiten paßt. Am Anfang des Krieges genügt es, an die allgemeine Wahrheit zu erinnern. Jetzt nicht mehr. (Wenn die I. S. K. die entsprechenden Losungen nicht aufstellte, so geschieht das aus Angst, bei dem rechten Flügel der Zimmerwaldisten Anstoß zu erregen, der das Loslassen einer matten Rede im Parlament für den Gipfel des Klassenkampfes hält.) Zu solcher Rücksichtnahme hat die I. S. K. kein Recht; sie ist gebunden durch die Friedensresolution der Kienthaler Konferenz, die in bestimmter Weise ihre Marschrouten gibt. Sah sich die I. S. K. außerstande, die taktischen Schlüsse aus der Resolution zu entnehmen, so mußte sie sich begnügen mit einem Zirkular über die Lage, die die Tatsachen beschreiben würde, aber sie durfte durch Aufstellung von Zentrumslosungen nicht diesen unterstützen.

Wir befürchten, daß überhaupt die Unstetigkeit der I. S. K. seit April mit der ununterbrochenen Rücksichtnahme auf die Unstetigkeit des deutschen Parteizentrums zusammenhängt. Es ist die Aufgabe der entschiedenen Linken in allen kriegführenden wie neutralen Ländern, Heilung zu schaffen, indem sie selbst die I. S. K. dauernd beeinflussen. Das geschah, was Deutschland anbetrifft, zu wenig. Hoffen wir, daß sich das ändern wird.

Die Beitragsperre und ihre Probleme.

Die Presse.

Im engsten Zusammenhange mit den durch die Beitragsperre aufgeworfenen Problemen der Organisation und des Parteivermögens steht die Frage der Presse. Die offizielle Parteipresse ist in ihrer überwiegenden Mehrheit sozialpatriotisch; der Rest ist zentriert. Das bedeutet, daß, da das Zentrum für die Spaltung der Partei nicht zu haben ist, die gesamte offizielle Parteipresse, von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen, nach der Spaltung in den Händen der Sozialpatrioten

und ihrem Zentrumsanhang verbleiben wird. Für die Linksradi-kalen folgt daraus, daß sie nach der Spaltung zunächst ohne ausreichende Preßorgane dastehen werden. Um diese kritische Zeit soweit wie möglich abzukürzen, ist es unbedingt erforderlich, schon jetzt die Vorbereitung für die Schaffung der linksradikalen Organe zu treffen. In erster Linie gilt es, den Kampf um die vorhandenen sozialpatriotischen und zentri-mlichen Blätter zu führen. Von der größten Bedeutung ist dabei die jeweilige genaue Feststellung der geschäftlichen Grundlagen der Parteipresse. Es genügt bei weitem nicht, die Redaktionen linksradikal zu besetzen. Kommt es zur Spaltung, so werden die auf-tauchenden zahlreichen Konflikte größtenteils auf juristischem Wege ausgetragen werden müssen. Da die meisten Parteigeschäfte die Form der offenen Handelsgesellschaft haben, die Ortsorganisationen als die eigentlichen Träger der Unternehmen aber keine juristischen Personen sind, da die Uebertragung der Rechte und Vollmachten der Organisationen an Treuhänder oder andere juristische Personen meistens mit zeitraubenden Formalitäten verknüpft ist, so muß die geschäftliche Basis der Parteiblätter dort, wo die Linksradi-kalen das Heft der Organisation in Händen haben oder es doch in die Hände bekommen können, gleichzeitig mit in Sicherheit gebracht werden. Ist das nicht möglich, stellt sich der Kampf um die Presse als durchaus aussichtslos heraus, wie etwa in Bremen, wo das geschäftliche Unternehmen fest in den Händen der sozialpatriotischen Firmenträger lag, während die Arbeiter nicht das mindeste Recht an dem Geschäft besaßen, so muß die Gründung eigener Blätter durch die Linksradi-kalen so früh wie möglich in Angriff ge-nommen werden.

Solche Möglichkeiten dürften für Städte wie Berlin, Hamburg, Dresden usw. längst bestehen, und es ist sicher, daß die z. B. Hamburger Opposition weit größere Fortschritte gemacht hätte, wenn statt des aufreißenden und zeit-raubenden Kommissionskampfes sehr bald nach Kriegsbeginn die Gründung eines neuen Organs in die Wege geleitet worden wäre. Ebenso wird es an vielen anderen Orten auch stehen. Von diesem Gedanken ließen sich die Bremer Linksradi-kalen leiten, als sie in der „Arbeiter-politik“ ein eigenes Organ schufen. Zwar ist es not-wendig, daß, soweit nur irgend möglich, die Orts-organisationen die Gründung selbst in die Hand nehmen, wobei dann von vornherein auf die Sicherung möglichst großer Rechte der Mitglieder zu achten ist. Wo aber die offiziellen Organisationen für Neugründung von eigenen Organen nicht zu gewinnen sind, da müssen die Kreise der Linksradi-kalen alles versuchen, um Eigenes zu schaffen. Der Besitz der Presse sichert gerade den Sozialpatrioten den starken Einfluß, den sie trotz allem noch ausüben. Erwächst ihnen in einer linksradikalen Presse erst ernsthafte Konkurrenz, dann ist es mit ihrer Herrlichkeit sehr bald vorbei.

Wo aber bereits linksradikale, von den Sozial-patrioten unabhängige Organe bestehen — wie in Bremen, Duisburg, Stuttgart — da ist es die Pflicht der sozia-listischen Arbeiter, alles zu tun, um diese Organe fördern und ausbauen zu helfen. Nichts stärkt den Mut der Ar-beiter so sehr, als wenn sie ihr eigenes Werk wachsen sehen, nichts erfüllt sie so sehr mit Freude und Stolz. Und gerade diese moralischen Werte haben in dieser Zeit

eine gewaltige Bedeutung. Ist der Optimismus, der Glaube an die Zukunft, in den Arbeitern lebendig, dann werden sie auch die Schwierigkeiten überwinden, die sich ihnen im Kampfe um die neue Bewegung zahllos in den Weg stellen. Fehlt aber dieser Glaube, dann ist alle Arbeit vergebens. Und der Mut entzündet und nährt sich am besten an realen Objekten des Kampfes.

Die bereits bestehenden linksradikalen Unternehmen sind die Keime der neuen sozialistischen Preßverhältnisse in Deutschland. Zwar sind für sie meist noch keine juristisch glücklichen Formen der geschäftlichen Grund-lagen gefunden worden. Aber selbst dort, wo das Unter-nehmen in der Hand einer einzelnen Person liegt, lassen sich leicht Änderungen herbeiführen, die den hinter den Unternehmen stehenden Organisationen die Rechte an ihrem Blatt sichern. Wer sich für die Sache des Links-radikalismus eingesetzt hat, wird, wenn er durch die Verhältnisse in den Besitz eines Zeitungsunternehmens gelangte, seine Rechte gern an diejenigen abtreten, für die er sich einsetzte. Sollten dennoch Fälle eintreten, wo die Besitzer, etwa im Angesicht steigender Konjunktur, unter Berufung auf das bürgerliche Recht ihr Eigentums-recht für ihre privaten Profitinteressen ausnützen würden, so wäre das zwar eine schwere Enttäuschung für die Linksradi-kalen, aus der sie allenfalls die Lehre zu ziehen hätten, daß die sofortige Schaffung einer demokratischeren Grundlage für das Geschäft, soweit das bürgerliche Gesetz eine solche überhaupt ermöglicht, der Uebertragung des Geschäfts an eine einzelne Person unter allen Um-ständen vorzuziehen ist.

Von größter Wichtigkeit aber wäre die zeitige Schaffung eines legalen zentralen Tagesorgans der Linksradi-kalen, sowie die Schaffung eines zentralen wissenschaftlichen Organs. Auch die Verwirklichung dieses Planes liegt schon jetzt durchaus im Bereich der Möglichkeit. Auch hierfür sind die Grundlagen bereits gegeben.

So birgt die Durchführung der Beitragsperre bereits alle Probleme, die bei der Spaltung der Partei in großem Maße aufbrechen werden.

Der Zusammenschluß der Linksradi-kalen.

Alle diese vorbereitenden Arbeiten können mit Er-folg jedoch nur geleistet werden, wenn die Linksradi-kalen einen engeren Zusammenschluß herstellen. Getrennt mar-schieren und, in sich geeinigt, die Sozialpatrioten und das Parteizentrum schlagen! das muß die Parole der Linksradi-kalen sein. So werden die Grundlagen der neuen Bewegung um ein bedeutendes erweitert werden. Denn die Linksradi-kalen allein sind sich bewußt, welche Kraft die neue Bewegung schaffen und welche Form des Kampfes ihr Wesen sein wird.

Trennung von den Sozialpatrioten, Kampf dem Parteizentrum! in diesem Zeichen wird die neue Be-wegung einen mächtigen Impuls erhalten. Durch die Beitragsperre wird die reinliche Scheidung der Geister einen starken Ruck nach vorwärts erhalten. Jedesmal, wenn die Arbeiter zum Handeln kommen, erlebt man den Verrat der Sozialpatrioten am Sozialismus ebenso wie die Unfähigkeit des Zentrums, die neue Situation zu begreifen. Und beides dient dem Durchbruch der neuen Bewegung in gleicher Weise. Sie kann nicht ent- stehen, solange die Arbeiter noch in den Fesseln der

Sozialpatrioten liegen und von den Phrasen des Zentrums sich benebeln lassen.

Ganz besonders aber wird durch die Beitragsperre auch offenbar, daß Sozialpatriotismus und Parteizentrum Bestandteile der bürgerlichen Denkart sind und daß ihre Vertreter unfähig sind, den Kampf gegen Institutionen zu führen, die letzten Endes von demselben Geist durch-dringen sind wie sie selbst. So mündet der Kampf um die Beitragsperre aus in den allgemeinen Klassenkampf des Proletariats.

Aus unserm politischen Tagebuch.

8. Januar.

Die „Bremer Bürger-Zeitung“ brachte vor kurzem die Nachricht, daß das Mitglied des „Partei-Vorstandes“, Hermann Müller, der „Vorwärts“-Diktator, von den Wunden geheilt sei, die ihm Berliner Genossinnen beigebracht hätten. Die Geschichte wird einst Klarheit darüber verschaffen, ob die Quelle dieser Notiz in der Freude des sozialpatriotischen Chefredakteurs Donath über die Genehung seines Berliner Chefs, oder in der stillen Freude des jetzt als Untergebener der Sozialpatrioten im Schweiße seines An-gesichts wirkenden Zentrumsmannes Henke an den Wunden Müllers entsprungen ist. Wie es aber auch damit sein mag: Die Welt erfährt auf diese Weise von dem ersten Opfer, das der P. B. auf dem Altar des Vaterlandes gebracht hat.

Nun dementiert Müller: Die Wunden am Kopfe (ein Beweis — der einzige — daß er dies edle Gefäß besitzt) haben ihm nicht Berliner Genossinnen, sondern ein Berliner Genosse beigebracht. Doch das ist nicht wichtig. Was interessiert, ist die Bescheidenheit, mit der Müller seine Wunden vor den Augen der Partei verhüllt hatte. Er tat es wohl, wie jener römische Patrizier Coriolan, der es für unmüdig hielt, vor dem Volke mit den Wunden zu prahlen, die ihm der Kampf ums Vaterland einbrachte.

Aber in einem Punkte unterscheidet sich unser Partei-Coriolan von dem antiken: er zeigte nämlich seine Wunden, die er dem Volke nicht zeigen mochte, den hohen Gerichtsbehörden. Denn wenn ihm das Volk diese Wunden auch sicherlich nicht belohnen würde, so werden die Gerichtsbehörden jedenfalls den Freoler strafen, der sich an Herrn Müller, dieser Stütze des Vaterlandes, vergriff. Und vielleicht, vielleicht erfährt man auf diesem Wege weiter oben von den Wunden, die dieser Tapferer im Dienste des Vaterlandes davon-trug. Kurz und gut: die Parallele zwischen Hermann Müller und Coriolan führt zu interessanten Schlüssen.

Aber die Sache hat doch auch noch eine andere Seite. Daß Hermann Müller bluten mußte, ist nicht nur ein Symptom für die tiefgehende Erbitterung der Berliner Arbeiter gegen die Sozial-patrioten, sondern es zeigt auch, wie wenig die Berliner Genossen es noch verstehen, diese Erbitterung in politische Tat umzusetzen. Durch Prügel schlägt man den Sozialpatriotismus nicht tot. Höchstens verhilft man den Sozialpatrioten zu Schmerzengeldern, die man obendrein selbst bezahlt: weil man doch gegen die Beitrag-sperre ist. Wir würden es lieber sehen, wenn die Berliner Genossen den Scheidemannern das Fell ungegerbt ließen, dafür aber das Tischstuch zwischen sich und ihnen zerschneiden würden.

10. Januar.

In der 37. Nummer der „Glocke“ veröffentlicht der führende Theoretiker der Sozialimperialisten, Heinrich Cunow, einen „Welt-revolution“ überschriebenen Artikel, in dem er gegen die Auffassung polemisiert, als enthielte der jetzige Weltkrieg keine revolutionären Elemente. Diese Auffassung der verknöcherten pazifistischen Zentrums-leute läßt sich leicht widerlegen und Cunow tut es mit dem Hinweis auf dieselben Wirkungen des Krieges auf dem Gebiete der Pro-duktion, Technik, des Verhältnisses einzelner Länder zueinander, die wir Linksradi-kalen immer genannt haben, wenn wir von der ungeheuren Verschärfung der Klassenverhältnisse durch den Krieg sprachen. So weit — so gut. Aber hier reißt der Gedanke Cunows ab. Für einen Marginalen, für den die Produktion kein Verhältnis von Sachen, sondern das von Menschen zueinander ist, entsteht doch die Frage: und was werden, was sollen die Men-schen in dieser Weltrevolution tun, welche Klassen werden sie hemmen, welche sie fördern? Welche neuen

Formen des Klassenkampfes werden das Resultat dieser großen wirtschaftlichen Änderungen sein. Der Sozialimperialist Cunow, der mit scharfen Augen feststellt, was ist, der das, was ist, ohne Illusion zu sehen sucht (hier berührt sich der Linksradikalismus nur mit dem Sozialimperialismus) er muß schweigen. Denn sonst müßte er erklären: die ganze Welt geriet in Bewegung und das einzige Resultat dieser Bewegung ist eben, daß das Proletariat in die Arme der Bourgeoisie liebevoll niederfinkt. Es lebe die Politik des 4. August, diese schärfste revolutionäre Waffe des Proletariats in der Ära der zur Weltrevolution gesteigerten sozialen Umwälzungen. Aber solchen Hokus-Pokus kann sich nur der politische Clown Paul Lensch erlauben, der es für Dialektik hält, wenn er einen vernünftigen — nebenbei gewöhnlich entleerten — Gedanken auf den Kopf stellt und mit den Beinen in der Luft herumzappeln läßt. Heinrich Cunow, der Historiker der fran-zösischen Revolution, muß schweigen, wo er zu dem Punkte gelangt, wie sich ihm die Frage von den politischen Folgen der wirtschaftlichen Revolution aufdrängt, die er aufstellt. Das zeigt das Faule in seiner Position.

Der Sozialimperialismus, der die sozialpazifistischen Illusionen zerstört, muß sozialreformerische Säen, oder er muß schweigen.

10. Januar.

Die Erbschaftswahl in Köln hat den Gegensatz zwischen den Sozialpatrioten und den Linksradi-kalen in aller Schärfe und Tiefe offenbart. Meerfeld, der Kandidat der Rechten, der selbst dem Zentrum die nötige Gewähr für eine vaterländische Politik bot, konnte unmöglich von den Arbeitern gewählt werden, die auch nur ein Quentchen sozialistischen Denkens bewahrt hatten. Und so zerschnitten sie rücksichtslos das Tischstuch zwischen sich und den Sozial-patrioten. Die flagrante Verletzung des Parteiprogramms durch die Politiker des 4. August beantworteten sie mit der Aufstellung einer eigenen Kandidatur. Sie wählten Karl Liebknecht. Es war eine Parole, wie sie klarer und klärender nicht gedacht werden kann. Und die Gruppe der Linksradi-kalen, die Liebknecht nominierten, bilden für Köln den Kern der neuen Bewegung. Sie kämpften auch in der Wahlbewegung unerschrocken für ihre Sache. In einer Wählerversammlung vom 3. Januar wollten sie durch den Mund einer Genossin eine Erklärung abgeben. Dr. David aber, der Rese- rent, nutzte die durch die Polizeistunde knapp bemessene Zeit voll aus, sodaß die linksradikale Genossin nicht mehr zum Worte kam. Die Erklärung, die sie im Namen der Linksradi-kalen abzugeben hatte, lautet: „Entrüstung und Scham über die von den Partei-instanzen betriebene Mehrheitspolitik, die sich kurzerhand über die von den Parteinstanzen betriebene Mehrheitspolitik, die sich kurzerhand über Parteiprogramm und -beschlüsse hinwegsetzt, die sozialistischen Grundsätze mit Füßen tritt, kurzum unsere ganze sozialistische Weltanschauung verleugnet, zwingt uns, öffentlich da-gegen Protest zu erheben. Ganz besonders das Verhalten der Mehrheitspolitiker bei Schaffung des Zivildienstpflichtgesetzes hat unsere Empörung ausgelöst und ist uns Veranlassung, die Wähler aufzufordern, nicht dem Redakteur Meerfeld, dem Verfechter dieser Mehrheitspolitik, sondern Dr. Liebknecht mit uns ihre Stimme zu geben.“

Diese Tat der Kölner Linksradi-kalen wird ihre aufklärende und anfeuernde Wirkung nicht verfehlen. Keinem Sozialpatrioten die Stimme mehr! Deffentlich den Sozialpatrioten jegliches Ver-trauen abgesprochen! Keinerlei Gemeinschaft mehr mit den Eberts, Scheidemanns und ihren Schußtruppen! In diesem Zeichen wird die Sozialdemokratie zu neuem Leben erwachen.

Berichtigung.

In der letzten Nummer auf der zweiten Seite, erste Spalte sind die ersten 14 Zeilen umstellt worden. Der Artikel ist so zu lesen, daß diese 14 Zeilen am Schlusse derselben Spalte stehen.

Ja, die Mächtigen, die Beglückten,
Ja, die Götter dieser Erden!
Ihnen muß der Unterdrückten
Sühnend Blut geopfert werden.
Kein von Blut sind ihre Hände,
Das Gesetz verlangt die Spende!

Chamisso.

Feuilleton

Die Blutrache zu Weinsberg.

Aus „Der große Bauernkrieg“ von W. Zimmermann. (Schluß.)

Solche Erinnerungen mochten in der Seele manches Bauern jetzt auftauchen, als die Gräfin von Helfenstein lebend und jammernd zu ihren Füßen lag. Sahrelange unmenschliche Behandlung hatte viele zu Unmenschen gemacht. Sie stießen sie zurück und einer stach mit seinem Speiß „das kleine Herrlein“ auf ihrem Arm in die Brust. Helfenstein selbst bot für sein Leben eine Lösungssumme von 30000 Gulden. Und gibst du uns zwei Tonnen Goldes, so müßtest du doch sterben, antworteten sie. Die Rache lechzte nach Blut. Auf Säckleins Befehl bildete sich eine Gasse, die Gasse kommandierte Hans Winter aus dem Odenwald, Wilmarhans von Neckargarten schlug die Trommel, wie es bei Hinrichtungen der Art alter Brauch war. Die Bauern in der Gasse streckten ihre Speiße vor und der erste, der unter Trommelschlag in die Gasse gejagt wurde, in die Speiße der Bauern, war Hans, ein Knecht des Konrad Schenk von Winterstetten. Er wurde sogleich niedergestochen. Der zweite, an den die Reihe kam, war sein Herr, der dritte, der zum Eintritt in die Gasse kommandiert wurde, war Graf Ludwig von Helfenstein. Jakob Lens, ein zu Rom geweihter Priester und jetzt Feldschreiber der Bauern, hörte ihn beichten und empfing von ihm seinen Rosenkranz, den er fortan selbst am Arme trug. Urban Mezger von Waldbach und Claus Schmidts Sohn von Rappach führten den Grafen in ihrer Mitte heraus an die Gasse. Es sollte ihm doppelt bitter werden. Der Graf hatte früher in glücklichen Tagen seine Tafelmusik. Melchior Nonnenmacher, ein Pfeifer von Alsfeld, der die Zinke blies, war namentlich früher in seiner Sunst gestanden und mehrmals bei ihm zu Tisch geseßen. Diesen, aus seinem Dienst entlassenen Nonnenmacher sah der Graf jetzt vor sich auf seinem letzten Gang. Der trat vor ihn, wie sie ihn daherführten, nahm ihm Hut und Feder vom Kopf mit den Worten: „Das hast du nun lange genug gehabt, ich will auch einmal ein Graf sein!“ und setzte ihn sich selbst auf. Und weiter sagte er: „Habe ich dir einst lange genug zu Tanz und Tafel gepfeifen, so will ich dir jetzt erst den rechten Tanz pfeifen.“ Damit schritt er vor ihm her und blies lustig die Zinke bis vor die Gasse. Urban Mezger von Waldbach stieß ihn an gegen die Speiße. Beim dritten Schritt schon stürzte der Graf unter vielen auf ihn hineinstechenden Speißen zu Boden. Ihm folgte sein Knappe, Bleiberger, und sein Hausnarr, dann nacheinander kamen die Ritter daran, und wie einer in die Gasse trat, hörte er Zurufe, wie: „Du hast mir über einen Samen geritten! Du hast mir das Schwert über den Kopf geschlagen! Du hast mir dies und das getan!“ Die jungen Reiterknaben wurden mit Speißen in die Höhe gehoben und so ermordet.

Noch der Leichnam des gefallenen Grafen wurde verhöhnt und mißhandelt. Melchior Nonnenmacher nahm das Schmalz von ihm und schmerte seinen Speiß damit. Die schwarze Hofmännin schmerte sich mit dem herauslaufenden Fette die Schuhe. Man sah einen, der Haut und Haar eines Ermordeten auf einem Speiß herumtrug. Andreas Remy von Zimmern steckte die Helmsfedern des Grafen auf seinen Hut, Säcklein Rohrbach legte den Koller und die damastene Schauluppe des Grafen sich selbst an, trat damit vor die unglückliche Gräfin und sprach: „Frau, wie gefall ich euch jetzt in der damastenen Schauluppe?“ Die Gräfin verging vor Schrecken und Betrübniß, als sie den Mörder ihres trauten Herrn in dessen Waffenkleidung vor sich sah. Den Panzer legte Säcklein

wieder ab und schenkte ihn an Hans Seckler von Neuenstein. Rohe raubgierige Hände nahmen der Gräfin ihr Geschmeide und ihre Kleider und zerlegten ihr noch den Rock, den sie am Leibe hatte. Man setzte sie auf einen Mistwagen mit ihrem Kind und ihrem Frauenzimmer und schickte sie nach Heilbronn. Spottend riefen sie zu ihr hinauf: „In einem goldenen Wagen bist du nach Weinsberg eingefahren, in einem Mistwagen fährst du hinaus.“ Sie aber gedachte der eben verfloßenen Leidenswoche des Herrn und sprach: „Ich habe viel Sünden; Christus, mein Herr, ist auch am Palmtag unter dem Jubel des Volkes eingezogen, und bald darauf hat er Spott und Kreuz leiden müssen, nicht um seiner, sondern um anderer Sünden willen; der tröste mich.“ So fuhr die edle Dulderin von dannen.

Die aufgehende Sonne beleuchtete die Vollenbung des blutigen Schauspiels: Säcklein und seine nächste Umgebung führten die graufige Szene für sich auf, nur eine kleinere Anzahl hatte Teil daran; neun Zehnteile des Bauernheeres erfuhren erst, als alles längst vorüber war, etwas von der Blutrache, die Säcklein und andere mit ihm an den Rittern genommen hatten.

Die Hauptleute und Räte hielten eine Sitzung. Was darin verhandelt, wie Säckleins und anderer Hauptleute Tat von allen aufgenommen wurde, darüber ist nichts überliefert. Nur eines ist Tatsache: von diesem Augenblick an wird Florian Geyers Name nicht mehr im Bauernrate genannt, und er trennt sich mit seiner schwarzen Schar von dem hellen Haufen. Das war die eine, wohl die schlimmste Frucht, die aus der Blutsaat Säckleins aufging. Florian Geyer mit seiner Schar bildete den kriegerischen Kern des hellen Haufens, er hatte bisher, er hatte zuletzt bei der Erstürmung des Weinsberger Schlosses seine Tüchtigkeit bewährt, er war die eigentliche militärische Einsicht im Haufen; in seiner schwarzen Schar verlor der helle Haufen seine besten Kriegerleute, in Florian selbst nicht bloß das einzige kriegsverständige Haupt, sondern den tüchtigsten, treuesten und redlichsten Führer, wie sie nie mehr einen bekommen konnten.

Von Weinsberg aus erging eine Ladung an die benachbarten Grafen von Löwenstein unter schwerer Drohung. Die beiden jungen Grafen erschienen notgedrungen im Bauernlager. Als sie durch Weinsberg geführt wurden und einer derselben einen Weinsberger ansprach und dieser sich ehrerbietig gegen den Grafen neigte, da stellte sich ein altes Bäuerlein mit einer großen, rostigen Hellebarde drohend gegen den sich Neigenden: „Was neigt du dich? Ich bin so gut als er!“ Auch mußten die Grafen den Bauern zum Spaß die Hüte vor ihnen abnehmen.

Von Weinsberg aus ging der Zug des hellen Haufens, wie verabredet worden war, auf die freie Reichsstadt Heilbronn, um sich von dort aus nach Franken zurückzuwenden. Auch die Grafen Ludwig und Friedrich von Löwenstein mußten dem Haufen nachziehen, in einem Bauernhabit und mit weißen Stecken in den Händen. So sah man sie im Tiergarten vor Heilbronn mitten unter den Bauern sitzen, „also erschrocken, als ob sie tot wären“.

Zeugen und Rufer.

Der kritische Kommunismus fabriziert keine Revolutionen, er bereitet keine Insurrektionen vor, er benachset keine Revolten. Er verschmilzt sich mit der proletarischen Bewegung, aber er sieht und unterschätzt diese Bewegung in voller Erkenntnis des Bandes, das sie mit der Gesamtheit aller Verhältnisse des sozialen Lebens verknüpft, verknüpfen kann und verknüpfen muß. Er ist mit einem Worte kein Seminar, worin man den Generalsstab der proletarischen Revolution schult, er ist einzig das Bewußtsein dieser Revolution und vor allem das Bewußtsein ihrer Schwierigkeiten. Antonia Labriola.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Lüth); sämtlich in Bremen.

Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 3

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
Amunderstraße Nr. 23.

Bremen, den 20. Januar 1917

Einzelnummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Postgeld

Inhalt:

Wilson, der Retter der Menschheit. Von P. L.	Seite 17
Die Reichskonferenz der deutschen Opposition	19
Die Friedensfrage und die Internationale	21
Die Beitragsperre und ihre Probleme (Schluß)	22
Aus unserm politischen Tagebuch	24

Wilson, der Retter der Menschheit.

Just auf den Tag neunzehnhundertundsechzehn Jahre, nachdem der Christenheit der Heiland geboren, soll sich das Wunder erneut haben, daß das einst der Menschheit Frieden und Wohlgefallen verhieß. Zwar nicht ein dürftiges nackendes Knäblein in der Krippe zu Bethlehem ist der Spender des Heils: ein recht ausgetragener Junge schon, schon getauft mit des Jordans und allen anderen Wassern. Zu dessen Häupten auch nicht der stille Stern von Bethlehem strahlt, dessen Name viel eher seine Glorie findet in den Aktien von Bethlehem Steel Corporation, deren Wert in diesem gesegneten Kriege von 30 auf 600 Dollar mächtig sich emporgeschwungen. Woodrow Wilson heißt dieser sonderliche Heilige, dem vor zwei Monaten die amerikanische Bourgeoisie das Zeugnis ausstellte, daß unter seinen Fittichen die Dollarprofite am besten gedeihen und ihn daher erkor, weitere vier Jahre sein ihr ersprißliches Geschäft zu versehen. Dem freilich zu gleicher Zeit eine Million Zweihunderttausend Proletarier das Zeugnis erteilten, daß er nichts anderes sei als der Agent der Bourgeoisie und somit ein Feind proletarischen Interesses. Aber was tuts? Im Namen dieses selben proletarischen Interesses wallfahrten nun die Könige und Weisen aus dem Morgenland zum neu erstandenen Woodrow Wilson und entbieten ihm nebst Heil- und Segenssprüchen ihre Huldigung: die Sozialpatrioten von Dänemark, von Norwegen, von Ungarn, und selbst Viktor Adler und Pierre Renaudel, sonst in Verteidigung ihrer Vaterländer begriffen, finden Zeit, ihren Kniefall zu tun. Daß Philipp Scheidemanns Heimkriegerschar sich vorderhand dem Zuge noch nicht formell angeschlossen, ist äußerlichen Wesens nur. Gar manchen seiner edlen Ritter sah man dieser Tage, wie er der Nührung Zähre zwischen Bart und Brille sich zerrieb.

Welch freundliches Bild. Wie sie erhobenen Gemütes hinanstreben zu dem Berge, auf dem das Weiße Haus steht. Droben der Mann, noch damit beschäftigt, zu errechnen, was bisher am Kriege verdient worden sei und was noch weiter daran verdient werden könnte. Die Pilgerchar erscheint, im Namen der Menschheit ruft sie ihm Halleluja. Er hat ja vom Frieden gesprochen.

Und noch viel mehr. Die Norweger reden gar von seiner „energischen Arbeit zur Beendigung der Kriegsbarbarei und für die Wiederherstellung eines dauernden Friedens.“ Also kein gewöhnlicher Friede, der nur dauert bis zum nächsten Krieg. Sondern jener neuerfundene „dauernde Frieden“, der dauern soll: ja bis wann? Das steht noch nicht fest und war selbst aus den Reden von Bethmann-Hollweg, Grey, Briand und anderen praktisch erprobten Vorkämpfern dieses dauernden Friedens nicht zu entnehmen. Und selbst der neu erstandene Heilige, Woodrow Wilson, hat darüber ins Einzelne sich noch nicht geäußert und es bleibt nur übrig, aus den begleitenden Umständen zu entnehmen, wie seine — der Vereinigten Staaten und Sozialpatrioten — Präsidentschaft sich das denkt.

Da war zunächst ein Interpret der Wilsonschen Friedensrede, der sich eine fast größere Wirkung sicherte als sie dem interpretierten Werke zu Teil wurde. Dazu ein Interpret, der zweifellos authentisch war: der Staatssekretär Lansing. Er bemerkte anlässlich der Ueberreichung der Note trocknen Tones, Amerika befinde sich selber am Rande eines Krieges und es müße sich jetzt entscheiden, welche Stellung sein Interesse von ihm erfordere. Die Erklärung hatte einen durchschlagenden Erfolg bei den Leuten, die politische Ereignisse kühleren Herzens beurteilen als sozialpatriotische Führer: bei den Börsenjobbern. Die New Yorker Börse erlebte in Folge der Lansingischen Erklärung — die Börse kann trotz allem noch immer kein Pulver riechen — einen ihrer stürmischsten Tage. 3,2 Millionen Aktien wurden an einem Tage umgesetzt, Stahlaktien in Posten von 50000 Stück auf den Markt geworfen und die Kurse stiegen in Dugenden von Prozenten von ihrer stolzen Höhe. Nicht etwa, weil der Frieden drohte, sondern wegen der Lansingischen Erklärung, die es deutlich sagte, was für ein Friede gemeint sei und die man, um der Börse ein paar Tage Ruhe wieder zu geben, am nächsten Morgen in etwas milderem Tone tradestierte.

Schon das hätte unsere Sozialpatrioten stutzig machen können. Noch mehr aber, wenn man sich besah, von wannen überhaupt diese Wissenschaft vom Frieden kam.

Es ist der Präsident der Vereinigten Staaten, der spricht. Der Vereinigten Staaten, die von allen gewaltigen Entwicklungen, die der Kapitalismus gebracht, die gewaltigste aufweisen. Die schon vor dem Kriege der mächtigste Industriestaat gewesen, so mächtig als England und Deutschland zusammengenommen. Nur ein paar Zahlen. Im Jahre 1915 betrug die